

Eduardo Engel und Benjamín García
August 2026

Chiles Demokratie im Spannungsfeld



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung für Internationale Zusammenarbeit |
Referat Globale und Europäische Politik
www.fes.de/referat-globale-und-europaeische-politik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Nina Netzer | Internationale Soziale Demokratie
nina.netzer@fes.de

Kontakt

Christiane Heun
christiane.heun@fes.de

Übersetzung

Alexander Schmitt

Design/Layout

Ludger Stallmeister

Titelillustration

edeos – digital education GmbH

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

August 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
[↗ www.fes.de/publikationen](http://www.fes.de/publikationen)

Eduardo Engel und Benjamín García
August 2026

Chiles Demokratie im Spannungsfeld

Chiles Demokratie steht vor ihrer schwersten Bewährungsprobe seit Pinochet

In Lateinamerikas gefeiertem Erfolgsmodell droht ein rechtsextremer Kandidat, Jahrzehnte des demokratischen Fortschritts zunichtezumachen.

Unter den lateinamerikanischen Ländern hat sich Chile in den letzten drei Jahrzehnten durch eine solide wirtschaftliche Entwicklung und eine ausgeprägte staatliche Effizienz hervor getan. Nach dem Ende der Pinochet-Diktatur und der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 reduzierte Chile die Einkommensarmut drastisch – von 59 Prozent der Bevölkerung im Jahr 1990 auf nur noch 6 Prozent im Jahr 2022; die allgemeine Lebenserwartung ist bis 2025 auf 81,5 Jahre gestiegen (vergleichbar mit Deutschland und dem Vereinigten Königreich) und Chile verzeichnet den höchsten Human Development Index der Region. Die Ungleichheit ist zwar geringer als zuvor (der aktuelle Gini-Koeffizient liegt bei 0,43), bleibt aber im Vergleich zu europäischen Ländern hoch.

Dabei ist hervorzuheben, dass Chile dies mit einer im Vergleich geringen Verschuldungsquote gelungen ist: 42,8 Prozent des BIP gegenüber durchschnittlich 110,5 Prozent in den OECD-Volkswirtschaften. Gleichzeitig hat das Land bei der Bekämpfung der Korruption durchweg gute Ergebnisse erzielt. Internationale Indizes sehen das Land in einer anderen Liga als die meisten lateinamerikanischen Länder – mit der Ausnahme von Uruguay – und sogar vor einigen Industrieländern.

Das Vertrauen der Bürger:innen in den Staat ist trotz dieser Erfolge in den letzten Jahren stark gesunken. Beim Vertrauen in die politischen Institutionen und in das Justizsystem zeigen Umfragen ein Rekordtief, während die Korruptionswahrnehmung zunimmt. Besorgniserregend ist auch, dass die Unterstützung für die De-

mokratie selbst zurückgegangen ist. Vor diesem Hintergrund wird Chile in wenigen Tagen seinen nächsten Präsidenten wählen. An der Spitze der Umfragen steht der rechtsextreme republikanische Kandidat José Antonio Kast, der die Ineffizienz des Staates zum Hauptthema seiner Kampagne gemacht hat und umfassende Sparmaßnahmen vorschlägt.

Von ehrgeizigen Reformen zur politischen Blockade

Chile hat in den letzten dreißig Jahren große Fortschritte bei der Anpassung seiner öffentlichen Institutionen an die Herausforderungen der Gegenwart gemacht. Dazu gehören eine vollständige Überarbeitung des Strafrechtssystems, bei der das veraltete inquisitorische Verfahrensmodell durch ein modernes mündliches Verhandlungsmodell ersetzt wurde, die Einführung einer allgemeinen Mindestgesundheitsversorgung, die Schaffung neuer Umweltinstitutionen, eine allgemeine Rente für ältere Menschen und die Finanzierung einer kostenlosen Hochschulbildung für einen großen Teil der jungen Menschen. Ein schrittweiser Übergang zu einem System mit einer ausgewogeneren Rolle des Staates ist das Ergebnis. Während viele Aspekte der unter der Diktatur eingeführten Änderungen geblieben sind – insbesondere im Gesundheits- und Rentenwesen –, haben die staatlich unterstützten Sozialschutzmechanismen erheblich an Bedeutung gewonnen.

Auch bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wurden große Fortschritte erzielt. Seit Anfang der

2000er Jahre wurden immer mehr Verwaltungsvorgänge von analogen Verfahren auf digitale Plattformen umgestellt, was die Interaktion zwischen den Bürger:innen und dem Staat vereinfacht hat. Zu den nennenswerten Erneuerungen zählen „Chile Atiende“, ein Portal, das den Zugang zu einer Vielzahl von öffentlichen Dienstleistungen zentral zugänglich macht, und „Clave Única“, eine von der Regierung unterstützte digitale Identität, die einen sicheren Zugang zu Online-Transaktionen ermöglicht. Die Verbreitung dieser digitalen Mittel wurde durch die hohe Zugangsrate zu Informationstechnologien ermöglicht – 93 Prozent der Haushalte im Land verfügen mittlerweile über einen Internetanschluss.

Aufeinanderfolgende Regierungen haben außerdem wichtige Reformen zur Korruptionsbekämpfung verabschiedet, die den chilenischen Staat umgestellt haben. Dazu gehören ein ehrgeiziges Transparenzgesetz, das den Bürger:innen Zugang zu öffentlichen Informationen ermöglicht, ein wettbewerbsorientiertes Beschaffungssystem, ein wegweisendes Lobbygesetz und ein leistungsorientiertes Einstellungsverfahren für öffentliche Beamte:innen in leitender Funktion.

Interessanterweise folgten Reformen oft auf große Korruptionsskandale, die kurze Zeitfenster für Veränderungen öffneten. Eine bemerkenswerte Entwicklung erfolgte nach einer Reihe von Vorfällen, bei denen es zu illegaler politischer Finanzierung und Einflussnahme kam, die 2014 eine politische Krise auslösten. Präsidentin Michelle Bachelet reagierte

darauf mit der Ernennung einer aus 16 Expert:innen bestehenden unabhängigen Präsidialkommission zur Korruptionsbekämpfung, die von einem von uns geleitet wurde. Der umfassende Bericht, den die Kommission verfasste, schlug eine ehrgeizige Reformagenda vor. Von der Zivilgesellschaft – insbesondere dem Projekt „Anticorruption Observatory“ von Espacio Público und Ciudadanía Inteligente – unterstützt, sowie von den Medien und einigen wichtigen politischen Fürsprecher:innen, wurden bedeutende Rechtsreformen verabschiedet. Wichtige Fortschritte erfolgten in den Bereichen Parteien- und Wahlkampffinanzierung, bei der Verhinderung von Interessenkonflikten und der Stärkung der staatlichen Regulierungsbehörden.

Paradoxerweise führten einige der Reformen – indem sie lange verborgene Unregelmäßigkeiten ans Licht brachten – zunächst zu einer verstärkten Korruptionswahrnehmung bei den Bürger:innen. Ein Beispiel ist die Reform, die Amtszeitbeschränkungen für die Wiederwahl von Bürgermeister:innen vorsah und zu einer Erneuerung der lokalen Führungsebene führte, wodurch zuvor nicht wahrgenommene Missstände im Kommunalbereich zutage traten.

In jüngster Zeit haben neue Korruptionsfälle das Vertrauen weiter erschüttert. So kam es zu unrechtmäßigen Überweisungen von der nationalen Regierung und regionalen Behörden an politisch vernetzte NGOs, sowie zu Skandalen um Einflussnahme, in die Mitglieder des Obersten Gerichtshofs verwickelt sind. Im Gegensatz zu früher haben diese neuen Fälle – zumindest bisher – keine bedeutenden Reformen nach sich gezogen. Angesichts der zunehmenden politischen Polarisierung und eines zur Blockade neigenden politischen Systems war der Kongress nicht in der Lage, Gesetze zur Behebung der seit langem bestehenden institutionellen Schwäche zu verabschieden. Auf lokaler und regionaler Ebene besteht weiterhin eine mangelhafte Integritätskultur, und angesichts des Aufstiegs der organisierten Kriminalität stehen wichtige

Reformen zur Bekämpfung der Korruption – wie die Einrichtung eines Registers für wirtschaftliche Eigentümer und eine verbesserte Transparenz bei der Ernennung von Richter:innen – noch aus.

Ein Land, das sich der extremen Rechten zuwendet?

Chile ist vom globalen Aufstieg des Populismus nicht verschont geblieben. Rechtsextreme Parteien haben an Boden gewonnen, angespornt durch die politische Unzufriedenheit nach zwei gescheiterten Verfassungsreferenden und wachsenden Sorgen über die Korruption. Das Land hat auch die Entstehung neuer Formen des Gewaltverbrechens und der organisierten Kriminalität erlebt: Die Zahl der Tötungsdelikte ist zwischen 2016 und 2022 um fast 50 Prozent gestiegen. Obwohl die öffentliche Sicherheit ursprünglich nicht auf der Tagesordnung der aktuellen Regierung stand, wurde sie schnell zu einer Priorität – teilweise auch gegen den internen Widerstand. Während sich die Kriminalitätsrate zunächst stabilisierte und dann in den letzten Jahren um 20 Prozent zurückging, ist die öffentliche Wahrnehmung der Unsicherheit, teilweise durch die Berichterstattung in den Medien befeuert, nach wie vor alarmierend hoch.

Populistische Politiker:innen haben dieses Klima ausgenutzt und eine „Law-and-Order“-Rhetorik vorangetrieben, die steigende Einwanderungsraten für die Kriminalität verantwortlich macht und grob vereinfachende Maßnahmen fordert, die unter Umgehung evidenzbasierter Politik, das Problem noch verschärfen könnten. Unterdessen bemühen sich progressive Kräfte darum, glaubwürdige alternative Narrative und politische Programmatik zu formulieren, die den Sicherheitsbedenken der Bürger:innen Rechnung trägt, ohne dabei die Menschenrechte zu gefährden.

Die beiden Kandidierenden, die im Dezember in der Stichwahl um das Präsidentenamt gegeneinander antreten werden, sind Jeannette Jara, eine

kommunistische Politikerin, die eine breite Koalition aus linken und Mitte-Links-Parteien vertritt, und José Antonio Kast, ein konservativer, rechtsextremer Politiker, der bereits 2021 in die Stichwahl gekommen war. Obwohl Jara in der ersten Runde mehr Stimmen als Kast erhielt (26,8 Prozent gegenüber 23,9 Prozent), bleibt er der Favorit, da er voraussichtlich auf die Unterstützung der beiden rechten Kandidat:innen, die ausgeschieden sind, zählen kann.

Progressive Kräfte innerhalb der Regierung haben vor Kurzem versucht, dringende Themen bei der Modernisierung des Staates anzugehen. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Stagnation identifizierte man Chiles bürokratische Genehmigungsverfahren als Hindernis für neue Investitionsprojekte. Der derzeitigen progressiven Regierung gelang es – wenn auch nicht ohne interne Debatten – eine umfassende Rechtsreform zu verabschieden, um die sektoralen Genehmigungsverfahren zu straffen, ohne dass dabei regulatorische Standards gesenkt wurden (eine Reform des Umweltschutzsystems war jedoch nicht Teil des Gesetzentwurfs). Die Wirksamkeit dieser Reform hängt jedoch stark von der Fähigkeit der Beamten:innen ab, sie umzusetzen.

Diese Herausforderung steht im Zusammenhang mit einer längst überfälligen Staatsreform: der Modernisierung des öffentlichen Dienstes, die über das Führungspersonal hinausreicht, leistungsorientierte Karrieren fördert und effektive, erfolgsbezogene Bewertungen einführt. Zwar ist es bisher noch keiner Regierung gelungen, diese Ziele voranzubringen, doch könnten die progressiven Parteien bessere Chancen haben, da die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – die Hauptgegner dieser Reformen – traditionell den linken Parteien näherstehen. Jegliche Initiative in dieser Richtung erfordert jedoch eine Kombination aus politischem Verhandlungsgeschick und der festen Überzeugung, dass die Verbesserung des öffentlichen Dienstes für die Effizienz und Legitimität des Staates unerlässlich ist.

Kast seinerseits hat einen Frontalangriff auf den Staat und den öffentlichen Beamtenapparat gestartet – einer seiner engsten Berater bezeichnete sie als „Parasiten“, die vom Geld der Steuerzahler:innen leben. Er verspricht drastische Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben sowie die Entlassung sämtlicher „politisch ernannten“ Beamt:innen. Zwar ist es richtig, dass der aufsteigende Trend, den die Staatsverschuldung in den letzten zwei Jahrzehnten aufgewiesen hat, gestoppt wird, doch Kasts Vorschläge geben Anlass zu ernsthaften Bedenken. Sie bergen die Gefahr, dass wichtige Sozialausgaben geschwächt werden, die finanzielle Stabilität gefährdet wird und von wirksameren Reformen zur Eindämmung der Korruption und zur Verbesserung der

staatlichen Effizienz abgelenkt wird. Darüber hinaus könnte der aggressive Ton seiner Kampagne das Vertrauen der Öffentlichkeit in die staatlichen Institutionen und die Demokratie selbst weiter untergraben.

Schließlich haben die chilenischen Wähler:innen das letzte Wort, und kein Ergebnis steht fest, bis nicht alle Stimmen ausgezählt sind. Eine von Kast geführte Regierung würde wahrscheinlich viele der Errungenschaften im Bereich der sozialen Sicherheit in Frage stellen und zugleich die politische Polarisierung verschärfen. Wir hoffen, dass sich die hart erarbeitete demokratische Kultur und die robusten Institutionen des Landes in den kommenden Jahren erneut als widerstandsfähig erweisen.

Dieser Artikel ist Teil einer Reihe über globale Diskussionen zu Staat und Regierung, die in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung produziert wurde.

Über die Autoren

Eduardo Engel ist Direktor von Espacio Público und Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Chile. Er hat einen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften vom MIT und einen Dokortitel in Statistik von der Stanford University. Seine Forschungs- und Studiengebiete konzentrieren sich auf nachhaltiges und integratives Wachstum, Demokratie und Korruptionsbekämpfung sowie Infrastrukturökonomie und -regulierung. 2015 war er Vorsitzender des Präsidialen Beirats gegen Interessenkonflikte, Einflussnahme und Korruption (Chile).

Benjamín García ist Geschäftsführer von Espacio Público. Er ist Jurist an der Katholischen Universität von Chile und hat einen LLM in Rechtstheorie der London School of Economics and Political Science. Seine Fachgebiete sind Demokratie und Korruptionsbekämpfung sowie Staatsmodernisierung und öffentliche Politik. Außerdem lehrt er Verfassungsrecht und Politische Rechtslehre an der Universidad del Desarrollo.

Chiles Demokratie im Spannungsfeld

In Lateinamerikas gefeiertem Erfolgsmodell droht ein rechtsextremer Kandidat, Jahrzehnte des demokratischen Fortschritts zunichtezumachen.

Diese Publikation ist Teil der Beitragsreihe „State Debate“, die sich mit globalen Diskussionen zum Thema Staat und Regierung befasst und in Zusammenarbeit mit Social Europe produziert wurde.

Der Beitrag erschien im Original auf Englisch auf der Website von Social Europe:
<https://www.socialeurope.eu/tag/state-debate>

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ fes.de